

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 21.11.2023

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:15 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 14.09.2023	2310/23
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Panse BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1650/23

- | | | |
|------|--|----------------|
| 5.2. | Wohnungslosigkeit - Teil 1
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
Rothe-Beinlich
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2054/23 |
| 5.3. | Wohnungslosigkeit - Teil 2
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
Rothe-Beinlich
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2055/23 |
| 5.4. | Wohnungslosigkeit - Teil 3
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
Rothe-Beinlich
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2056/23 |
| 5.5. | HIV-Tests durch das Gesundheitsamt
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
Rothe-Beinlich
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2110/23 |
| 6. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 6.1. | Benennung eines sozialen Jahresthemas
BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 1353/23 |
| 6.2. | Suchtpräventionskonzept
BE: Leiterin des Gesundheitsamtes | 2287/23 |
| 7. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 7.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom
14.09.2023 zum TOP 5.1. - Drucksache 0322/23 – Kom-
munale Impfstelle/ hier: Kosten für weitere Impfungen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2130/23 |

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 7.2. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 14.09.2023 zum TOP 8.2 - Drucksache 1898/23 - Jahrestätigkeitsbericht 2022 der Koordinierungsstelle Psychiatrie- und Sucht/ hier: Stationäre Drug-Checking-Angebote
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2131/23 |
| 8. | Informationen | |
| 8.1. | 2. Evaluierung des Maßnahmenplanes zum Integrationskonzept
BE: Beauftragter für Migration und Integration | 2256/23 |
| 8.2. | Jahrestätigkeitsberichte Koordinierungsstelle Kommunale Gesundheitsförderung / Koordinierungsstelle seelische Gesundheit und Suchtprävention
BE: Leiterin des Gesundheitsamtes | 2316/23 |
| 8.3. | Motto des 83. Deutschen Fürsorgetages
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2384/23 |
| 8.4. | Mündliche Informationen | |
| 8.4.1. | Sozialamt
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Morgenroth | 2693/23 |
| 8.5. | Sonstige Informationen | |

1. Eröffnung und Begrüßung

Mit der Begrüßung der Ausschussmitglieder, Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit sowie aller Gäste wurde durch die Vorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung eröffnet. Sie stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung waren neun Ausschussmitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen zwei Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Mit der Drucksache 2963/23 – Sozialamt – wurde durch Frau Morgenroth (Fraktion Mehrwertstadt Erfurt) die Aufnahme einer mündlichen Information gemäß § 13 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse beantragt. Danach muss mit einfachem Beschluss zugelassen werden, dass die Drucksache unter Informationen behandelt wird. Da hierzu keine Gegenrede erfolgte, ließ die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich wie folgt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Drucksache wurde unter dem Tagesordnungspunkt 8.4 behandelt.

Weiterhin informierte die Ausschussvorsitzende, dass die Drucksache 1353/23 – Benennung eines sozialen Jahresthemas – von der einreichenden Fraktion Mehrwertstadt Erfurt vertagt wurde.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden, Frau Rothe-Beinlich, ob weitere mündliche Anträge gestellt werden, meldete sich Herr Pfistner (Fraktion CDU) zu Wort und bat um Vertagung des Tagesordnungspunktes 6.2 – Suchtpräventionskonzept – in Drucksache 2287/23, um sich angesichts des Umfangs der Materie angemessen in den Fraktionen und im Fachausschuss damit auseinandersetzen zu können. Darüber hinaus schlug er vor, Träger der Suchthilfe zur nächsten Ausschusssitzung hinzuziehen. Es erfolgte kein Widerspruch, sodass die Vorsitzende über den mündlichen Antrag des Herrn Pfistner (Fraktion CDU) zur Vertagung der Drucksache auf die Sitzung am 16.01.2024 sowie die Einladung entsprechender fachlicher Akteure aus der Trägerschaft abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis:

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

bestätigt mit Änderungen

3. **Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 14.09.2023** 2310/23

Es lagen weder schriftliche noch mündliche Einwände vor.

genehmigt

4. **Dringliche Angelegenheiten**

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. **Behandlung von Anfragen**

- 5.1. **Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen** 1650/23
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Panse
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Herr Pfistner (Fraktion CDU) bedankte sich im Namen des Fragestellers für die Beantwortung und vergewisserte sich, ob es Fälle gegeben habe, in denen Betroffene, die nicht sozialhilfeberechtigt waren, aus finanziellen Gründen abgewiesen wurden.

Die Nachfrage wurde durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, verneint. Die Bereitschaftsdienste wenden sich an die entsprechenden Stellen, um in solchen Fällen eine Kostenübernahmeerklärung zu erwirken. Ferner sei lediglich aus Kapazitätsgründen eine Weiterleitung an Unterkünfte für obdachlose Personen denkbar.

Auf Hinweis von Herrn Pfistner (Fraktion CDU), die Veröffentlichung des Frauenhauses hinsichtlich der benötigten persönlichen Gegenstände zu ändern, sodass nicht der Eindruck erweckt werde, dass Schutzsuchenden ohne diese nicht geholfen werde, sagte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, eine verwaltungsseitige Prüfung zu.

Zudem wurde die Anschlussfrage von Frau Wuttig (sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit Blick auf das umfassende Hilfeangebot, insbesondere in Bezug auf die Beratungsleistungen, die Grundversorgung mit Dingen des persönlichen Bedarfs und die Unterstützung bei Behördengängen, durch den Leiter des Amtes für Soziales, Herrn Schellenberg, beantwortet.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Wohnungslosigkeit - Teil 1 2054/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
Rothe-Beinlich
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Auf Vorschlag der Fragestellerin und Ausschussvorsitzenden, Frau Rothe-Beinlich, wurden die Tagesordnungspunkt 5.2 bis 5.4 aufgrund themenverwandter Fragestellungen gemeinsam aufgerufen. Dagegen regte sich kein Widerspruch.

Zunächst meldete sich Frau Wuttig (sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Wort und hinterfragte die Möglichkeit zur langfristigen Unterbringung von Haustieren, insbesondere in Einzelunterkünften. Stellungnehmend ging die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, auf gleichgelagerte Problemlagen anderer Gemeinschaftsunterkünfte sowie den bestehenden Vertrag mit dem Erfurter Tierheim in Trägerschaft der Stadtwerke Erfurt ein. Dabei verwies sie auf die Diskussion in der AG Wohnungslosigkeit sowie den Entwurf des gleichnamigen Aktionsplanes.

In diesem Zusammenhang fragte Frau Herold (Fraktion AfD) weiter nach den zur Anwendung kommenden Modellen bei der Unterbringung von Obdachlosen mit Haustieren. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, führte aus, dass derzeit individuelle Vereinbarungen mit den Tierhaltern getroffen werden und dem weiterhin Rechnung getragen werden müsse, bis die verwaltungsinterne Prüfung zur Ergänzung des Maßnahmenplanes abgeschlossen ist.

Die weiteren Fragen von Herrn Paul (sachkundiger Bürger der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) richteten sich thematisch an den Informationsflyer „Keiner muss hungern oder frieren“ und die Nutzung öffentlicher Toiletten. Diese wurden von Frau Hofmann-Domke dahingehend beantwortet, dass sich die Veröffentlichung des Papiers und die Beschlussumsetzung des Toilettenkonzeptes in Verantwortung des Dezernates 03 in Vorbereitung befindet. Daneben liegen die Rufnummern der Hilfsangebote sowie die aktuellen Bereitschaftspläne an der Infostelle des Rathauses aus, welche zugleich auch als Anlaufstelle für Vermittlungersuchen verschiedener Akteure zuständig ist.

Im Rahmen der Diskussion zum Aktionsplan „Wohnungslosigkeit“ erläuterte der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit das weitere Verfahren zur Vorlage des Entwurfs. Die Fraktionen werden nach der Maßgabe der Abschlussberatung der Arbeitsgruppe frühzeitig im Abwägungsprozess beteiligt, sodass eine Beschlussfassung vor Ende der Legislaturperiode gewährleistet werden kann.

Weitere Nachfragen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 5.3. | Wohnungslosigkeit - Teil 2 | 2055/23 |
| | Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Rothe-Beinlich | |
| | BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | |

siehe Tagesordnungspunkt 5.2

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 5.4. | Wohnungslosigkeit - Teil 3 | 2056/23 |
| | Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Rothe-Beinlich | |
| | BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | |

siehe Tagesordnungspunkt 5.2

zur Kenntnis genommen

5.5. HIV-Tests durch das Gesundheitsamt
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
Rothe-Beinlich
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

2110/23

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Rotha-Beinlich, wurde die Stellungnahme der Verwaltung durch die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer, ergänzt. Die Beratung und Testung von übertragbaren Krankheiten erfolgt gemäß § 19 IfSG im übertragenen Wirkungskreis. Darüber hinaus wurden im Rahmen einer Leistungsvereinbarung einzelne Punkte z.B. Beratungsangebote an die AIDS-Hilfe als freien Träger übertragen. Allerdings zählt zur Leistungsbeschreibung explizit nicht die Testung.

Angesichts der mangelnden Darstellung der Fallzahlen durch das Gesundheitsamt wurde folgende Festlegung einvernehmlich zu Protokoll genommen:

Drucksache 2717/23	Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Rothe-Beinlich, ob eine Anzahl der vom Gesundheitsamt durchgeführten HIV-Tests vorgelegt werden könnte, sagte die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer, eine Auswertung der Zahlen für das Jahr 2023 zu. T: 16.01.2023 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
-------------------------------------	---

Die weiteren Nachfragen bezüglich der Zuständigkeit und der Finanzierung der AIDS-Hilfe durch eine projektbezogene Landesförderung sowie Spendenmittel wurden durch Frau Melzer, Leiterin des Gesundheitsamtes beantwortet. Hinsichtlich der Erweiterung der Leistungsvereinbarung verwies sie auf die Notwendigkeit einer verbesserten fachlichen Qualifizierung der AIDS-Hilfe Thüringen.

Weitere Nachfragen wurden nicht gestellt.

zur Kenntnis genommen

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 6.1. **Benennung eines sozialen Jahresthemas** 1353/23
BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

- 6.2. **Suchtpräventionskonzept** 2287/23
BE: Leiterin des Gesundheitsamtes

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. **Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 14.09.2023 zum TOP 5.1. - Drucksache 0322/23 – Kommunale Impfstelle/ hier: Kosten für weitere Impfungen** 2130/23
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Eingangs informierte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, dass die Landeshauptstadt ab 01.11.2023 als Gelbfieber-Impfstelle anerkannt wurde. Wie die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer, auf Nachfrage von Herrn Mroß (Fraktion SPD) hinzufügte, beruht dies auf der entsprechend der internationalen Gesundheitsvorschriften beruhenden Fachkräftequalifizierung. Die Impfung ist gebührenpflichtig und kostet circa 49 Euro.

Auf die weitere Nachfrage von Frau Wuttig (sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), inwieweit freiwillige Impfleistungen bei den gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet werden und von sozialer Benachteiligung bedrohte Menschen Unterstützung erfahren, nahm die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer, Stellung. Grundsätzlich besteht der gesetzliche Auftrag zur Schließung von Impflücken, bei dem verschiedene Personenkreise wie Migranten, Menschen ohne Krankenversicherung, oder Menschen mit Problemen in der ärztlichen Versorgungslandschaft berücksichtigt werden. Hierbei werden die personellen Kapazitäten durch das Amt 53 abgesichert. Unterdessen werden die medizinischen Behandlungskosten vom Freistaat Thüringen übernommen. Bei der Grippe-schutzimpfung wurde beispielsweise mit den gesetzlichen Krankenkassen kooperiert und die Impfung des Gesundheitsamtes auf Grundlage der Rahmenverträge abgerechnet.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung von Impfquoten informierte Herr Büssow (sachkundiger Bürger der Fraktion SPD) über das niedrigschwellige Impfangebot der Apotheke am Mainzerhofplatz, als einzige dieser Art in der Landeshauptstadt.

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 7.2. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 14.09.2023 zum TOP 8.2 - Drucksache 1898/23 - Jahrestätigkeitsbericht 2022 der Koordinierungsstelle Psychiatrie- und Sucht/ hier: Stationäre Drug-Checking-Angebote
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2131/23 |
|-------------|--|----------------|

Es lagen keine Nachfragen vor.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 8.1. | 2. Evaluierung des Maßnahmenplanes zum Integrationskonzept
BE: Beauftragter für Migration und Integration | 2256/23 |
|-------------|--|----------------|

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich für die Konzepterarbeitung durch das Büro des Beauftragten für Integration und Migration und regte an, die zweijährige Fortschreibung der Evaluation in der Diskussion aufzugreifen. Weiterhin fragte sie nach dem Sachstand zur Schaffung weiterer räumlicher Kapazitäten für die Ausländerbehörde des Bürgeramtes.

Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit setzte die Anwesenden über die Ergebnisse der Beratung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt sowie den Beginn des Mietverhältnisses zum 01.02.2024 in Kenntnis. Weitere Detailschritte zur Inbetriebnahme und inneren Organisation des Fachbereiches befinden sich derzeit in Klärung zwischen den zuständigen Ämtern. Ferner bat sie im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplan 2024/2025 um Bestätigung des Stellenplanes, um die Besetzung in den Sachgebieten entsprechend des Arbeitsaufkommens ausbauen können.

Herrn Pfistner (Fraktion CDU) und Frau Stange (Fraktion DIE LINKE.) signalisierten in ihren Wortbeiträgen jeweils Zustimmung zur zweijährigen Auflage des Evaluationspapiers und hinterfragten das Verfahren zur Änderung des Stadtratsbeschlusses. Die Vorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bat um eine verwaltungsinterne Prüfung der Voraussetzungen auf der Grundlage der Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung empfiehlt die zweijährige Vorlage des Evaluationsberichtes zum Integrationskonzept. Sollte die Änderung eines Stadtratsbeschlusses erforderlich sein, wird die Verwaltung gebeten eine entsprechende Drucksache bzw. Information vorzubereiten. Dabei ist der Evaluationszeitraum mit dem Fortschreibungsprozess zu synchronisieren.

Abstimmungsergebnis der Protokollfestlegung:

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Gegenstand der weiteren Nachfragen der Ausschussvorsitzenden waren die Terminvereinbarung zur Einbürgerung, die Gründung eines Amtes für Migration und die Sprachgestaltung der Antragstellung in der Ausländerbehörde.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, antwortete wie folgt:

- Der Umfang der standesbeamtlichen Pflichtaufgaben gemäß den gesetzlichen Verpflichtungen erfordert eine Aufstockung des personellen IST-Standes, um die Wartezeiten zu verringern. Entsprechende Stellenbesetzungsverfahren laufen derzeit mit Blick auf eine zeitnahe Verbesserung der Lage.
- Die Umsetzung des Projektauftrags zum Aufbau eines Migrationsamtes erfolgt in Zuständigkeit des Dezernates 05. Zunächst werden durch eine Arbeitsgruppe Projektziele und einzelne Schritte definiert. Die Realisierung des Vorhabens ist für den 01.01.2025 avisiert. Eine mündliche Berichterstattung zum weiteren Fortgang kann gegebenenfalls halbjährlich erfolgen.

Drucksache 2718/23	<p>Die Frage, ab wann eine Antragstellung in der Ausländerbehörde in arabischer und ukrainischer Sprache möglich sein wird, konnte nicht abschließend beantwortet werden. Der Beauftragte für Migration und Integration sagte eine Beantwortung zur nächsten Ausschusssitzung zu.</p> <p>T: 16.01.2023 V: Beauftragter für Migration und Integration</p>
-------------------------------	--

Frau Melzer, Leiterin des Gesundheitsamtes, erinnerte an die aktualisierten mehrsprachigen Flyer zur Mütterberatung, die im Sitzungssaal zur Mitnahme auslagen.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Jahrestätigkeitsberichte Koordinierungsstelle Kommunale Gesundheitsförderung / Koordinierungsstelle seelische Gesundheit und Suchtprävention 2316/23**
BE: Leiterin des Gesundheitsamtes

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zur Kenntnis genommen

- 8.3. Motto des 83. Deutschen Fürsorgetages 2384/23**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Ergänzend wies die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, darauf hin, dass die Vorbereitung des 83. Deutschen Fürsorgetages sowie die thematische Untersetzung im Einklang mit den sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen erfolgen soll. Zuzüglich zu den kommunalen Kosten in Höhe von 250.000 Euro beteiligt sich der Freistaat Thüringen in gleicher Höhe. Zudem erfolgt ein Rückgriff auf entsprechende Bundesmittel.

Nachfragen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

8.4. Mündliche Informationen

8.4.1. Sozialamt

2693/23

Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Morgenroth

Der Leiter des Amtes für Soziales, Herr Schellenberg, führte die Gründe nach dem Wohngeldgesetz und nachgeordneter Verwaltungsvorschriften an, womit kein Anspruch auf Wohngeld besteht. Er verwies auf die verwaltungsinternen Prüfungsprozesse bei der Einzelfallbearbeitung. Im Rahmen der Fallgespräche werden die Gründe erörtert, die einer Ausweitung der Erwerbszeiten entgegenstehen.

Frau Morgenroth (Fraktion Mehrwertstadt Erfurt) hinterfragte die Anwendungspraxis bei Alleinerziehenden. Mit Blick auf die Fristsetzungen wies Herr Schellenberg auf das mehrstufige Verfahren sowie die notwendige Kooperation zur Nachweiserbringung hin. Darüber hinaus kann bei Ablehnung durch den Antragsteller Widerspruch eingelegt werden.

zur Kenntnis genommen

8.5. Sonstige Informationen

Frau Hofmann-Domke bat die Ausschussmitglieder um rege Teilnahme an der Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen die Gewalt an Frauen.

Da keine sonstigen Informationen vorlagen, beendete die Vorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer